



Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.md @miteinander-ev.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de
Plamena Todorova,
Ralf Mueller v.d. Haegen

Fotos: Titel Herby Sachs/version;
S.2, 3 Plamena Todorova;
S. 8, 14, 26, 37 Christian Ditsch/version;
S. 18, 32 Peter Jülich/attenzione;
Rücktitel Mark Mühlhaus/attenzione

gefördert durch:



Die Produktion dieser Broschüre wurde unterstützt vom
Solifond der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerne würden wir Ihnen als Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt gute Nachrichten vermelden. Sehr gerne würden wir Ihnen berichten, dass die Zahl rechtsextremer und rassistischer Angriffe gesunken sei und sich beispielsweise MigrantInnen oder alternative Jugendliche überall in Sachsen-Anhalt sicher fühlen können. Leider ist das Gegenteil der Fall.

Rassistische und rechte Gewalt ist in Sachsen-Anhalt alltäglich und schlagzeilenlos. Sie ereignet sich – in Straßenbahnen, an S-Bahnhöfen, in Schulen, auf dem Nachhauseweg, am Arbeitsplatz, beim Einkaufen. Und sie nimmt zu. 115 Menschen waren alleine in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 Opfer rechter Gewalt. Hier, unter uns.

Das sind die schlechten Nachrichten

– denen wir uns ganz konkret entgegenstellen: Das Team der Mobilien Opferberatung unterstützt die Betroffenen rechter Gewalt dabei, die Folgen eines Angriffs zu bewältigen – damit sie fernab von Angst leben können. Seit dem Beginn des Modellprojekts „Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt“ beim Verein Miteinander e.V. im Sommer des Jahres 2001 haben wir uns beständig weiter entwickelt. Heute sind wir in der Lage, den Opfern rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe schnell und professionell beizustehen.

Das verlangt Parteilichkeit.

Ohne wenn und aber. Wir greifen ein, wenn Betroffene rechter Gewalt sich alleine gelassen fühlen. Wir intervenieren vor Ort – oft gemeinsam mit lokalen Initiativen und Einzelpersonen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die Opfer rechter Gewalt alleine bleiben.

Um den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch weiterhin die bestmögliche Unterstützung anbieten, ihre Interessen vertreten und neue Ideen in die Tat umsetzen zu können, sind die Opfer und wir auch auf Ihre Unterstützung angewiesen. Damit Sie sich selbst ein Bild von unserer Arbeit machen können, veröffentlichen wir diese Broschüre.

Wir hoffen, dass wir Ihnen damit einen Einblick in unsere Arbeit geben können, die Sie ermutigt – mit uns gemeinsam an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt zu intervenieren.

*Das Team der Mobilien Opferberatung
im Oktober 2004*

Grußwort

Als die Ostdeutschen 1990 in der alten Bundesrepublik politisch angekommen waren, hörten sie bald aus den Machtzentren der beiden deutschen Volksparteien, dass das Boot voll sei. Sie waren damit nicht gemeint. Lästig sollten sie erst zehn Jahre später werden, als sie immer noch gleiche Lebensverhältnisse für sich beanspruchten.

Damals ging es um die Flüchtlinge aus aller Welt, die von Bürgerkriegen vertrieben, von Mächtigen verfolgt, vom Hunger gezeichnet aus ihrer Heimat flohen. Die meisten gerieten von einem Elend in ein anderes. Die wenigsten erreichten die Wohlstandsinsel Europa. In Deutschland schürte die Politik die dumpfen Ängste der Bevölkerung, um dabei ihr politisches Süppchen zu kochen. Das von der Verfassung garantierte Asylrecht wurde allmählich ausgehöhlt. Es gab eine Zweidrittelmehrheit für die Veränderung des entsprechenden Artikels des Grundgesetzes.

Noch blieb in den westdeutschen urbanen Ballungszentren das tolerante und weltoffene Klima bestehen. Hier standen sich die Fremden und die Einheimischen nicht feindlich gegenüber. Alle konnten sich bei Tag und bei Nacht in der Öffentlichkeit bewegen. Aber in den ländlichen und kleinbürgerlichen Milieus wurden die alten Ressentiments gegen die Fremden gestärkt. Fremdenfeindlichkeit und andere Restposten rechtsextremen Verhaltens drängten an die Öffentlichkeit.

Zu dieser Zeit habe ich gedacht, dass die Ostdeutschen immun seien gegen die Geister von einst. Ich hatte mich gründlich geirrt. Unter der dünnen Decke der Anpassung lag bei vielen das ganze Repertoire rassistischer Engstirnigkeit bereit. Als in Magdeburg-Cracau

ein Asylbewerberheim eingerichtet werden sollte, regte sich heftiger Widerstand und fremdenfeindliche Vorurteile schossen ins Kraut. Als wir in einer öffentlichen Versammlung vor Ort dagegen angehen wollten, holten wir uns eine heftige Abfuhr. Die Leute nahmen den Ruf vom Herbst 1989 auf und riefen: „Wir sind das Volk!“ Der Protest gegen eine Diktatur und gegen ein Asylbewerberheim bildet in ihrem Kopf eine Einheit. Spätestens da wurde mir klar, dass wir in Sachsen-Anhalt noch lange nicht in einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft angekommen sind. Rechtsextremes Gedankengut reicht bis weit in die Mitte der normalen Bürgerschaft.

Bald waren die ersten Opfer zu beklagen. Punks wurden erschlagen, Ausländer umgebracht. Die Rechtsextremisten marschierten in den Städten auf und gelangten in die Parlamente. Wir begannen die Vertreter der Zivilgesellschaft zu stärken. Die Gründung des Vereins Miteinander e.V. war eine Frucht dieser Bemühungen. Wir wollten die Opfer dieses Klimas nicht allein lassen. Ihre Ängste sollten ein offenes Ohr finden, das Unrecht sollte an die Öffentlichkeit gelangen. Die Mobile Opferberatung in der Trägerschaft von Miteinander e.V. stellt sich dieser Aufgabe.

*Hans-Jochen Tschische
Vorsitzender von Miteinander e.V.*

Inhalt

Das Prinzip Opferperspektive	Seite 9
Wer wir sind, und was wir tun Die Angebote der Mobilen Opferberatung	Seite 10
„Es geht darum, Sicherheit im täglichen Leben zurückzugewinnen.“	Seite 12
Straßenbahnen – nur für Deutsche? Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge	Seite 15
(K)ein ausgelassener Konzertabend in der ZORA Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche	Seite 19
„Ich will mir gar nicht ausmalen, wie der Prozess ohne anwaltlichen Beistand gelaufen wäre!“	Seite 23
„Du hast hier gar nichts zu sagen!“ Alltag: Rassismus an der Schule	Seite 27
„Adrenalin ohne Ende“ Eine Reportage aus der Plattenbausiedlung	Seite 29
Die Mobile Opferberatung vor Ort mit der Infotour gegen Rechts	Seite 33
In Zahlen: Rechtsextreme Gewalt und Opferberatung in Sachsen-Anhalt	Seite 35
Ihre Spende hilft	Seite 38
Adressen der Mobilen Opferberatung	Seite 39



Das Prinzip Opferperspektive

Alle drei Tage ereignet sich statistisch ein rechtsextrem oder rassistisch motivierter Übergriff in Sachsen-Anhalt – von der Einschüchterung über die Bedrohung bis hin zu schwersten Gewalttaten und versuchten Tötungsdelikten. Häufig sind davon Menschen betroffen, denen im Alltag gleiche Rechte abgesprochen werden: zum Beispiel Flüchtlinge und MigrantInnen, nicht-rechte und alternative Jugendliche, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen und Obdachlose.

Jede dieser Gewalttaten ist objektiv gesehen Teil einer Strategie der Ausgrenzung und Vertreibung von Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen. Denn die Gewalt zielt oftmals gegen tatsächliche oder von den Tätern konstruierte Gruppen, die als „minderwertig“ oder „undeutsch“ angesehen werden. Die Betroffenen verstehen oft sehr genau, dass der Angriff in der Regel nicht ihnen persönlich galt, sondern stellvertretend auf alle abzielt, die einer gesellschaftlichen Minderheit angehören oder sich rechten Hegemoniebestrebungen nicht beugen wollen. Diese Erkenntnis prägt die Wahrnehmung der Betroffenen und sensibilisiert sie auch für die Reaktionen in ihrem sozialen Umfeld. Das Nicht-Verhalten angesichts einer rechtsextremen oder rassistischen Gewalttat bedeutet für die Opfer deshalb eine spürbare Entsolidarisierung. Es ist diese Entsolidarisierung, die die Macht der Täter festigt, erst sie bewirkt Ausgrenzung.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht deshalb das Prinzip der „Opferperspektive“ – das mit der konsequenten Parteinahme auf Seiten der Opfer rechter und rassistischer Gewalt beginnt, um dann die praktische Unterstützung für die Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. Das bedeutet zuallererst, auf die Ange-

griffenen zu zugehen, um ihnen zu zeigen, dass nicht alle wegschauen. Unsere Arbeit will die Betroffenen dabei unterstützen, die Folgen eines rechten Angriffs zu überwinden, neue Handlungsspielräume zu gewinnen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Handeln zu entwickeln. Darüber hinaus wollen wir vor Ort diejenigen stärken, die mit lokalen Initiativen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv sind.

Die Unterstützung von Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt ist ein notwendiger und zentraler Bestandteil einer umfassenden Strategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Partei für die Opfer zu ergreifen und gleichzeitig Initiativen zu entwickeln, die für eine gleichberechtigte Gesellschaft eintreten, bedeutet: sichtbare Alternativen zu schaffen gegen Ohnmacht, Isolation und Angst. Öffentliche Solidarisierung mit den Betroffenen setzt den Tätern Grenzen, vermindert den Einfluss rechter Einstellungen in gesellschaftlichen Diskursen und entzieht rassistischer und rechtsextremer Gewalt die vermeintliche Zustimmung einer schweigenden Mehrheit. Wer die Bekenntnisse zu Demokratie, Zivilcourage und der unantastbaren Würde aller Menschen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Herkunft – ernst meint, muss Worten Taten folgen lassen. Das Eintreten für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt ist dafür ein erster und notwendiger Schritt.

Wer wir sind, und was wir tun

Die Angebote der Mobilen Opferberatung

Betroffene rechter Angriffe zu beraten, sie zu begleiten und zu unterstützen sowie gemeinsam mit ihnen zu intervenieren – das sind die Hauptaufgaben der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt. In unseren vier Anlaufstellen in Halle, Halberstadt, Magdeburg und Salzwedel arbeiten fünf BeraterInnen, z.B. SozialpädagogInnen, Diplom-Pädagogen und Juristen – mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

In den Anlaufstellen der Mobilen Opferberatung sind wir zu festen Sprechzeiten zu erreichen. Meistens aber sind wir unterwegs: Denn aus Erfahrung wissen wir, dass viele Opfer rechter Gewalt in Bedingungen leben, die ihre Mobilität einschränken: Sei es, weil sie als Asylsuchende ihren jeweiligen Landkreis nicht ohne die vorherige Erlaubnis der Ausländerbehörde verlassen dürfen. Sei es, weil sie als SchülerInnen oder Auszubildende nicht über die notwendigen Mittel verfügen, um sich den Besuch einer entfernteren Beratungsstelle leisten zu können. Deshalb kommen wir nach einem rechten oder rassistischen Angriff vor Ort.

Dazu gehört im Alltag zunächst die Auswertung von lokalen, regionalen und überregionalen Medien, oft verbunden mit weiteren Recherchen: Was verbirgt sich beispielsweise hinter einer Polizei-Pressemitteilung „Fußgänger vermutlich in voller Absicht von PKW angefahren“? Ein Verkehrsunfall? Oder aber, wie in diesem Fall im April 2004, eine Auto-Hetzjagd von Neonazis auf einen Punk und seine Freunde. Oftmals gibt es konkrete Anhaltspunkte für eine Recherche nach einem rechten Angriff, beispielsweise, wenn KooperationspartnerInnen in einer der vier Anlaufstellen der Mobilen Opferberatung anrufen und von einem Angriff

vor Ort berichten. Dann wird gemeinsam überlegt, wie der Kontakt zu dem oder der Betroffenen hergestellt werden kann: beispielsweise durch einen Besuch im nächstgelegenen Flüchtlingsheim, im örtlichen Jugendclub; oder durch Telefonate mit PolizeibeamtInnen, Jugendämtern oder Krankenhäusern.

Oft sind es aber auch FreundInnen der Betroffenen oder Bekannte, die den Kontakt zu der Mobilen Opferberatung herstellen. In anderen Fällen suchen die Betroffenen die Anlaufstellen während der Sprechzeiten auf oder vereinbaren telefonisch einen Termin mit einer der fünf BeraterInnen. Die Beratung erfolgt in jedem Fall freiwillig, vertraulich und auf Wunsch anonym.

Unterstützen und beraten:

Damit Betroffene von rechten Angriffen zu ihren Rechten kommen!

Beim ersten Kontakt mit den Betroffenen – oder auch AugenzeugInnen, Angehörigen und FreundInnen – eines Opfers einer rechten Gewalttat stehen die Fragen und Wünsche der Betroffenen im Vordergrund. Zum Beispiel: Wie kann man eine Anzeige gegen den oder die Angreifer stellen? Welche Konsequenzen kann das haben? Wie verläuft ein Strafverfahren weiter, wenn schon Anzeige erstattet wurde?

Auf Wunsch begleiten die BeraterInnen Opfer rechter Gewalt zur Anzeigenaufnahme oder zur Zeugenvernehmung bei Polizei und Staatsanwaltschaft; wir organisieren DolmetscherInnen und helfen bei der Suche nach RechtsanwältInnen, die sich für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt einsetzen. Wir informieren über die Möglichkeiten von Opfern einer Gewalttat, als

NebenklägerIn in einem Strafverfahren gegen mutmaßliche TäterInnen intervenieren und aktiv werden zu können. Kommt es zu einem Gerichtsverfahren gegen den oder die mutmaßlichen TäterInnen, bereiten die BeraterInnen die Betroffenen auf die Situation vor Gericht vor. Auf Wunsch begleitet die Mobile Opferberatung die Betroffenen zum Prozess und stellt Öffentlichkeit für das Gerichtsverfahren her.

Neben den Fragen nach rechtlichen Schritten sind es oftmals Fragen der unmittelbaren Alltagsgestaltung, in denen sich Betroffene rechter Gewalt Begleitung und Unterstützung wünschen: Beispielsweise beim Arztbesuch oder bei der Suche nach professioneller (psycho-) therapeutischer Hilfe. Darüber hinaus begleiten wir bei Verhandlungen mit Behörden oder VermieterInnen und beraten über Möglichkeiten der materiellen Unterstützung.

Auf Wunsch beraten und unterstützen wir auch das soziale Umfeld, beispielsweise Angehörige, Freundinnen und Freunde, die BesucherInnen eines Jugendclubs oder die BewohnerInnen eines Flüchtlingsheims, die nach einem Angriff als potenziell Betroffene weiterer rechter Gewalttaten zumeist viele Fragen und Wünsche haben.

Informieren und intervenieren:

Damit die Opfer rechter Gewalt in der Öffentlichkeit präsent sind!

Wir unterstützen Initiativen und Projekte, in denen sich (potenziell) Betroffene rechter Gewalt selbst organisieren. Das heißt, vor Ort arbeiten wir mit ganz unterschiedlichen KooperationspartnerInnen zusammen; wir unterstützen Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Rassismus und vernetzen durch Veranstaltungen

oder gemeinsame Projekte interessierte Initiativen und AkteurInnen.

Damit Opfer rechter und rassistischer Gewalt die bestmögliche Unterstützung erhalten und sich vor Ort nicht alleine gelassen fühlen, bieten wir Weiterbildungen und Qualifizierungen für MultiplikatorInnen, Ehrenamtliche, interessierte Einzelpersonen, Schulklassen oder Institutionen an. Unsere Themen umfassen sowohl unseren spezifischen Beratungsansatz als auch alle Felder rings um das Thema Rechtsextremismus und effektive Möglichkeiten gesellschaftlicher Intervention. Wir informieren über neonazistische Musik ebenso wie über die Vereinnahmungsversuche von sozialen Protesten durch die extreme Rechte oder deren rechtsextreme Codes und Lifestyles.

Als unabhängige Monitoring-Organisation recherchieren und dokumentieren wir das Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt und machen die Ergebnisse öffentlich: Auf unserer Website veröffentlichen wir eine kontinuierliche Chronologie rechter Gewalttaten, mit unserem regelmäßigen Newsletter „informationen“, Pressemitteilungen und im Internet informieren wir über aktuelle Prozesse oder Veranstaltungen.

Vielen Betroffenen rechter Gewalt werden in der Gesellschaft gleiche Rechte verweigert. Wir unterstützen sie in ihrer Forderung nach einem selbstbestimmten Leben. Und wir sensibilisieren die Öffentlichkeit für ihre Situation und ihre Forderungen. Indem wir für die Solidarisierung mit den Opfern rechter Gewalt eintreten, treten wir Rechtsextremismus und Rassismus wirksam entgegen.

„Es geht darum, Sicherheit im täglichen Leben zurückzugewinnen.“

Interview mit Zissi Sauermann, Mitarbeiterin der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt

Wie erreichen Sie Opfer rechter Gewalt?

In der Regel nehmen wir Kontakt zu den Betroffenen auf. Wir recherchieren täglich in regionalen und überregionalen Medien und werten Pressemitteilungen der Polizei aus. Wenn wir Anhaltspunkte für eine rechte, rassistische oder antisemitische Tatmotivation haben, versuchen wir Kontakt zu den Betroffenen herzustellen. In einigen Regionen verfügen wir mittlerweile über gut funktionierende Netzwerke von KooperationspartnerInnen, die uns dabei unterstützen. Daneben gibt es noch in allen vier Anlaufstellen wöchentliche Sprechzeiten, auf die KooperationspartnerInnen, aber auch Freunde und Angehörige, die von uns gehört haben, manchmal hinweisen.

In der Mehrheit der Fälle sind Sie es aber, die auf die Betroffenen zugehen?

Ja. Betroffene rechter und rassistischer Gewalt wissen oft nicht, dass es uns gibt. Einige haben unter Umständen bis dato eher schlechte Erfahrungen mit Behörden und Institutionen gemacht. Es gibt auch nicht wenige Fälle, wo die Betroffenen gar keinen Sinn mehr darin sehen, sich um Unterstützung zu bemühen, da sie die Angriffe rechter Schläger bereits als Normalität wahrnehmen. Oftmals sind die Betroffenen beim ersten Gespräch sehr erstaunt darüber, dass es Menschen gibt, die sich parteilich auf ihre Seite stellen.

Wie kann man sich ein Beratungsgespräch vorstellen?

Der erste Kontakt mit einer/m Betroffenen findet in der Regel an einem Ort ihrer/seiner Wahl statt. Das ist wichtig. Denn es geht doch darum, eine Gesprächsatmosphäre herzustellen, in der man in Ruhe über das Erlebte sprechen kann. Oft bringen Betroffene Freunde oder Angehörige zum ersten Gespräch mit. Wir stellen kurz vor, wer wir sind und was wir machen, und versuchen dann herauszufinden, wo es Beratungs- und Unterstützungsbedarf gibt.

Wenn der erste Kontakt relativ zeitnah zu einem Angriff erfolgt und Anzeige erstattet worden ist, wollen die Betroffenen normalerweise wissen, was ihnen nun bevorsteht. Wir geben dann einen Einblick in den Ablauf des Strafverfahrens und beraten über Möglichkeiten, wie sie darin selbst aktiv werden können. So wissen Betroffene meist nicht, dass sie sich zur polizeilichen Vernehmung begleiten lassen und eine Anwältin oder einen Anwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragen können. Oftmals haben Betroffene aber auch aus unterschiedlichen Gründen Bedenken und Angst, den Angriff anzuzeigen. Hier helfen wir, Vor- und Nachteile genau abzuwägen. Auf Wunsch unterstützen wir auch dabei, den Angriff öffentlich zu machen.

Wie lange währt Ihr Unterstützungsangebot?

Gemeinsam mit den Betroffenen legen wir individuelle Unterstützungsschritte fest. Die Beratung und Begleitung erstreckt sich in der Regel über viele Monate. Das hängt zum einen mit dem oftmals langen Zeitraum zusammen, bis eine Gerichtsverhandlung stattfindet. Zum anderen sind zur Bewältigung der psychischen und sozialen Angriffsfolgen meist eine Reihe von Beratungsgesprächen und Hilfestellungen nötig, gerade auch dann, wenn ein Angriff eine Traumatisierung

ausgelöst hat. Entschließen sich die Betroffenen weiterführende professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, vermitteln wir zu spezialisierten PsychotherapeutInnen.

Begleiten Sie die Betroffenen auch zu Gerichtsverfahren?

Für viele Betroffene ist die juristische Verurteilung der TäterInnen ein entscheidender Schritt, um für sich persönlich mit dem Erlebten abschließen zu können. Wichtig ist hier, dass man die/den Betroffenen auf die Situation vor Gericht vorbereitet und sie/ihn nicht alleine lässt, weil die Konfrontation mit der/dem Täter/in und der formale Ablauf einer Gerichtsverhandlung eventuell einen erneuten traumatischen Schock auslösen könnte. Deshalb begleiten wir die Betroffenen, wenn gewünscht, auch während eines Prozesses und versuchen vor Ort weitere Unterstützung zu organisieren.

Bieten Sie Opfern rechter Gewalt auch finanzielle Hilfen?

Nein, aber wir beraten die Betroffenen über Möglichkeiten finanzieller Hilfen und unterstützen sie z.B. bei Antragstellungen zur Finanzierung von Anwaltskosten, für Soforthilfen, Fahrtkosten zu therapeutischen Einrichtungen oder für Entschädigungen.

Was tun Sie, wenn sich jemand nach einem Angriff weiter bedroht fühlt?

Dann versuchen wir gemeinsam mit den Betroffenen herauszufinden, welche Voraussetzungen es bedarf, Sicherheit im täglichen Leben zurückzugewinnen. Das ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Es kann schon helfen, bei der Anschaffung eines Mobiltelefons zu unterstützen, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Manchmal sehen Betroffene aber keine

andere Möglichkeit, als ihren Wohnort zu wechseln. Auch hier bieten wir Hilfestellungen, beispielsweise bei der Suche nach einer Wohnung oder der Beantragung von Umzugskosten. Bei Flüchtlingen ist das oft ein schwieriges Unterfangen, auch weil sie für einen Wohnortwechsel die Erlaubnis der jeweiligen Ausländerbehörden benötigen. Hier versuchen wir, durch entsprechende Stellungnahmen oder Gespräche mit politischen Akteuren positiv Einfluss zu nehmen.

Neben den direkten Opfern rechter Gewalt bieten Sie auch ihrem sozialen Umfeld Hilfe und Beratung an. Was bezwecken Sie damit?

Die Einbeziehung des sozialen Umfelds ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit. Auch wenn sich eine rechte oder rassistische Gewalttat gegen eine einzelne Person richtet, wird sie meist stellvertretend für eine von den Tätern abgelehnte Personengruppe zum Ziel des Angriffs. Deshalb wirken sich solche Angriffe in der Regel auch auf einen Kreis potenziell Betroffener aus. Wir versuchen hier im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, potenziell Betroffene zu stärken und Selbstorganisations- sowie Solidarisierungsprozesse im sozialen Umfeld in Gang zu setzen.

Zielt Ihre Arbeit auch auf die Täter?

Für uns ist die Perspektive der Opfer rechter Gewalt entscheidend. Ihrer Wahrnehmung wollen wir Geltung verschaffen und möglichst viele Menschen dafür sensibilisieren. Wir wollen Unterstützung für die Betroffenen rechter Gewalt organisieren, in dem Sinne, dass sich die Menschen vor Ort parteilich an die Seite der Betroffenen stellen und damit den Tätern vermitteln, dass sie nicht erwünscht sind und keine Unterstützung erfahren.



Straßenbahnen – nur für Deutsche?

Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge

„Ich wollte doch einfach nur mit der Straßenbahn nach Hause fahren“, sagt Christopher D., dann streicht er gedankenverloren mit dem Zeigefinger über die gezackte Narbe am Nackenansatz. „Dabei bin ich extra vorsichtig gewesen, weil ich alleine war und weiß, dass es nachts in Magdeburg für Afrikaner gefährlich ist.“ Vor vier Jahren floh Christopher als Teenager vor der Brutalität der Bürgerkriegsmilizen in Sierra Leone nach Deutschland. „Das Land ist okay, aber in dieser Stadt wollen viele Leute keine Schwarzen“, sagt er ruhig. Und betont: „Natürlich gibt es Ausnahmen, zum Beispiel die Leute im KNAST.“ In dem ehemaligen Staatssicherheitsgefängnis und seit über zehn Jahren bekanntesten Punk-Club Sachsen-Anhalts fühlt sich Christopher wohl. Manchmal fährt ihn einer seiner Freunde aus dem KNAST nachts ins Flüchtlingsheim zurück; aber manchmal will Christopher auch nicht warten, bis ein Konzert zu Ende ist.

So wie an dem Freitagabend im Januar, als Christopher gegen 23 Uhr müde wurde und alleine vom KNAST zur Straßenbahnhaltestelle Neustädter Straße ging. „Ich sah die drei Skinheads schon in der Mitte sitzen, als ich in die Straßenbahn eingestiegen bin“, erinnert sich der 21-Jährige. „Als ich an ihnen vorbeiging, um mich extra in den hinteren Teil des Waggons zu setzen, fingen sie sofort an mich zu beschimpfen.“ Die verbalen Beleidigungen kannte Christopher alle auch aus anderen Alltagssituationen: „Nigger.“ „Was machst Du hier.“ „Hau ab, die Straßenbahn ist nur für Deutsche, nicht für Neger. Verpiss Dich.“ Das Aussehen des Trios war auch nicht sonderlich ungewöhnlich. Ein kleiner kahl geschorener Skinhead, muskulös, Marke Bodybuilder; ein „ganz normal aussehender junger Mann“

mit kurzen Haaren, Markenjeans und Ohrringen und „einer mit Bomberjacke“. Christopher sagt: „Ich hab die drei gesehen und wusste, dass sie Nazis sind.“ Dass er Angst hatte, „das ist doch normal“.

Angst, „das ist doch normal“

In der Straßenbahn sitzen noch viele andere Passagiere – ältere und jüngere Leute, die zum Freitagabendvergnügen fahren. „Die meisten haben einfach nur zugehört und nichts gesagt.“ Überrascht ist Christopher, als sich dann doch ein älterer Mann einmischt und die Rechten auffordert, ihn in Ruhe zu lassen. „Die haben sofort zurückgepöbelt und den Mann als ‚altes Schwein‘ beschimpft.“ Als der ältere Mann sich eingeschüchert zurückzieht, intervenieren plötzlich drei junge Frauen und deren Begleiter. „Das waren ganz normale Mädchen, circa 17 Jahre alt, die sich eingemischt und die Nazis zurückgehalten haben.“ Christopher hat nicht alles verstanden, was die jungen Frauen zu dem rechten Trio gesagt haben, aber er erinnert sich, dass er mehrfach das Wort „Kamera“ gehört hat. „Ich glaube, die haben dem einen Typen, der mich schon in der Straßenbahn angreifen wollte, gesagt, dass es eine Videoüberwachung gibt und dass sie aufhören sollen.“ Christopher sagt, seine Anspannung und Angst habe etwas nachgelassen, weil die drei Rechten nach der Intervention der Mädchen ihn erst einmal in Ruhe ließen und er ungestört im hinteren Teil des Straßenbahnwaggons sitzen bleiben konnte.

Die zweite Überraschung des Abends erlebt der schwächliche Asylsuchende, als bei der nächsten Haltestelle ein weiterer Mann afrikanischer Herkunft in die Straßenbahn einsteigt. „Wir sind zu zweit, dann

Straßenbahnen – nur für Deutsche? Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge

dürfte es eigentlich kein Problem mehr geben“, so die Einschätzung von beiden, nachdem Christopher dem anderen von den rassistischen Beleidigungen der Rechten erzählt hatte. Tatsächlich scheint es, dass die Gefahr vorbei ist, als das Trio kurze Zeit später die Straßenbahn verlässt. Doch dann hört Christopher, wie Glas splittert. „Ich hab geguckt und überall Blut gesehen – auf dem Boden, an meiner Kleidung, an meinem Kopf, an meiner Hand.“ An die nächsten Minuten hat Christopher nur noch verschwommene Erinnerungen: daran, dass er kurze Zeit das Bewusstsein verlor, die Straßenbahn anhielt und die Polizei und ein Krankenwagen gerufen wurden. Mühsam rekonstruiert er, dass einer der Rechten nach dem Aussteigen von draußen eine Bierflasche durch das Fenster der Straßenbahn warf, die ihn am Nacken traf. „Wenn ich anders gesessen hätte, wäre ich vielleicht frontal im Gesicht getroffen worden.“

Gewahrsam statt Hilfe

Auch die nächsten Stationen der Nacht erlebt der 21-Jährige durch einen „Nebel von Schmerzen und Schock“: Die Behandlung durch einen Notarzt im Olvenstedter Krankenhaus, der die blutende Wunde am Kopf näht und die Polizeibeamten, die plötzlich im Krankenhaus auftauchen, Christopher Handschellen anlegen und ihn mitnehmen – in die Polizeidirektion. Da ist es 2 Uhr nachts und Christopher hat rasende Kopfschmerzen. „Die Kripoleute haben behauptet, ich hätte in Stuttgart mit Drogen gehandelt und deshalb würden sie mich über Nacht einsperren“, sagt Christopher wütend. Er sei nie in Stuttgart gewesen, habe er versucht, den Beamten klar zu machen. „Die haben einfach nicht auf mich gehört.“ In der Gewahrsamszelle

kann Christopher vor Kopfschmerzen kaum schlafen. Am nächsten Morgen wird er – dieses Mal im Beisein eines Dolmetschers – vernommen und nachmittags dann ohne für ihn verständliche Erklärung entlassen.

Tage später, nachdem der Berater der Anlaufstelle Mitte Kontakt mit der Polizeidirektion aufgenommen hat, heißt es dort, es habe eine Verwechslung vorgelegen und man wolle sich entschuldigen. „Auf einen Entschuldigungsbrief aus der Polizeidirektion warte ich noch immer“, sagt Christopher achselzuckend. „Aber ich bin ja auch nur ein Asylant, ich habe hier keine Rechte.“

Unterstützung, die hilft

Von dem Angriff auf Christopher erfährt die Mobile Opferberatung gleich aus zwei Quellen: Die Pressestelle der Polizeidirektion informierte die Öffentlichkeit unter der Überschrift „Afrikaner angegriffen“. Aus der Pressemitteilung wurde auch deutlich, dass zwei der mutmaßlichen Angreifer im Alter von 18 und 26 Jahren der Polizei schon durch andere Delikte bekannt waren und kurze Zeit nach dem Angriff an einer Tankstelle festgenommen wurden. Es sei ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung und Sachbeschädigung eingeleitet worden, so der Polizeibericht, und die Tatverdächtigen seien am Samstag aus dem Polizeigewahrsam wieder entlassen worden. Zudem hatten sich Freunde von Christopher direkt beim Berater der Anlaufstelle Mitte gemeldet und gebeten, Christopher im Flüchtlingsheim zu besuchen.

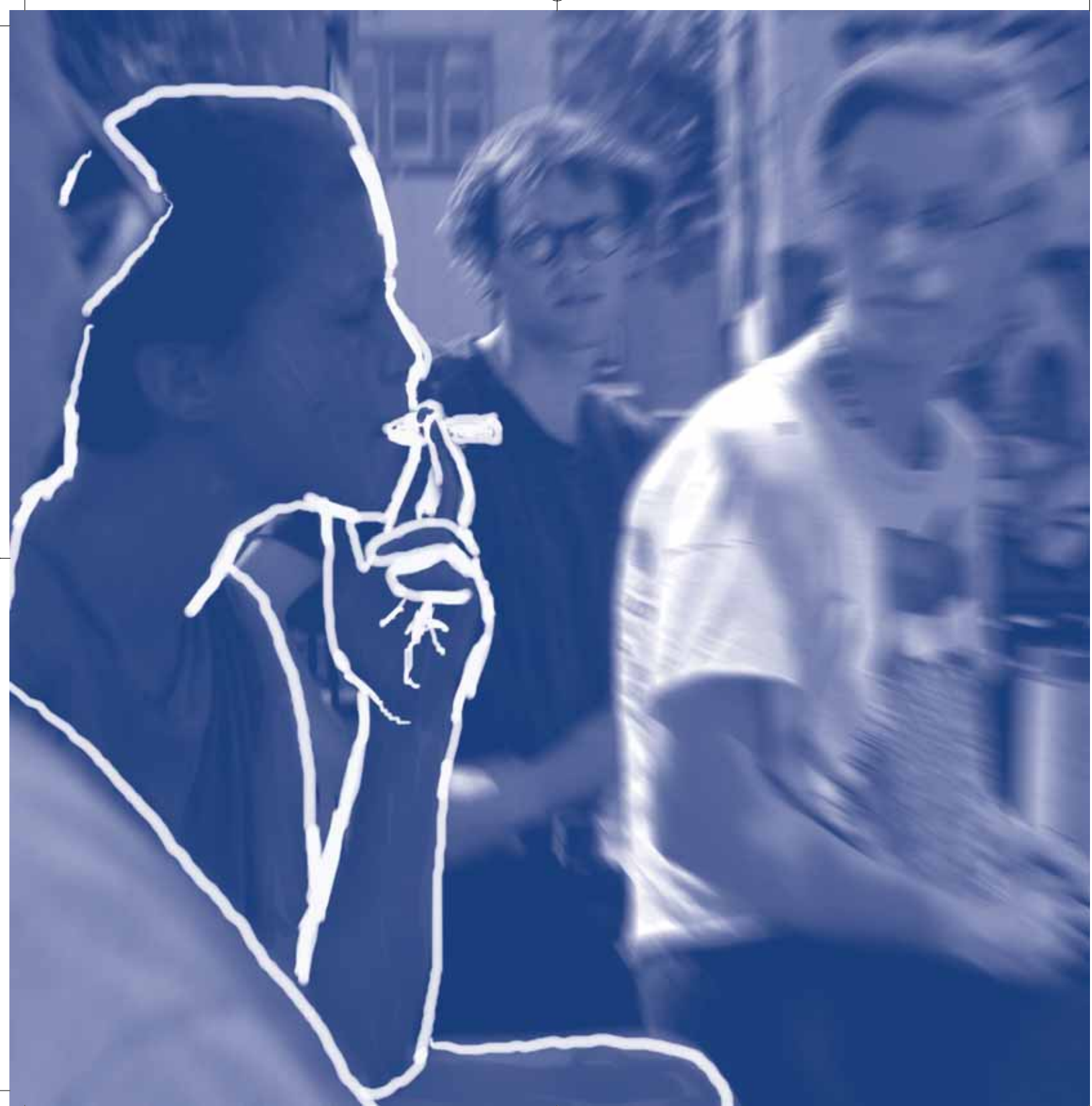
„Ich kannte den Berater, weil er schon früher im Heim zu Besuch gewesen war. Deshalb war es leicht für mich, mit ihm zu sprechen“, sagt Christopher. Der 21-Jährige fühlte sich überfordert: Ständige Kopfschmerzen und

Panikattacken machten ihm zu schaffen; er wollte nicht alleine zu einem Arzt gehen, um sich die Fäden ziehen zu lassen. Er hat Angst vor Polizeibeamten und Angst davor, den Tätern erneut auf der Straße zu begegnen. Als der Berater der Anlaufstelle Mitte ihm anbietet, ihn zum Arztbesuch und zu weiteren Behördengängen zu begleiten, ist er erleichtert.

Der Generalbundesanwalt handelt

Bei Anbruch der Dunkelheit achtet Christopher von nun an darauf, nicht mehr alleine Straßenbahn zu fahren. Ohne eigenes Auto oder Fahrrad bleiben in Magdeburg nur die öffentlichen Verkehrsmittel. Und auch tagsüber „steige ich immer nur hinten in die Straßenbahn ein, da sind dann meistens auch andere Ausländer“. Ein halbes Jahr nach dem Angriff erlebt Christopher noch einmal eine Überraschung. Er bekommt Post vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe: „Sie ... sind Opfer eines rechtsextremistischen Übergriffs geworden, den auch ich bedauere. Aus Mitteln, die der Deutsche Bundestag für das Jahr 2004 im Etat des Generalbundesanwalts für Opfer solcher Übergriffe vorgesehen hat, habe ich Ihnen heute eine Härteleistung in Höhe von 1.000 Euro zuerkannt“, heißt es da. Der Berater der Anlaufstelle Mitte hatte mit Christopher einige Wochen nach dem Angriff über die Möglichkeit eines Entschädigungsantrags beim Generalbundesanwalt gesprochen und ihm dann beim Ausfüllen des Formulars geholfen. Der Entscheidung des Generalbundesanwalts vorausgegangen war eine sorgfältige Überprüfung der Ermittlungsakten und der fremdenfeindlichen Motivation der Tat.

Für Christopher ist die Entschädigung durch den Generalbundesanwalt einerseits ein wichtiges Zeichen. Aber: „Eigentlich bedeutet mir das Geld nichts“, sagt er ruhig. Er will mit den Tätern reden: „Ich will wissen, warum sie mich angegriffen haben.“ Doch von Polizei oder Staatsanwaltschaft hat er seit dem Angriff nichts mehr gehört. Weil er immer noch unter massiven Kopfschmerzen leidet, geht Christopher regelmäßig zum Arzt – inzwischen auch alleine. „Wenn ich Nazis von weitem auf der Straße sehe, wechsele ich die Straßenseite – ich weiß schließlich, dass sie auch keine Skrupel haben, uns zu töten.“



(K)ein ausgelassener Konzertabend in der ZORA

Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche

17. August 2003, ein Sonntagnachmittag: Ein Piepton kündigt eine SMS auf dem Mobiltelefon der Anlaufstelle Süd an: „Rechter Angriff auf die ZORA letzte Nacht. Mehrere Verletzte. Wir telefonieren!“ Die Beraterin legt ihre Sonntagslektüre zur Seite. Sie weiß, dass mit „ZORA“ das soziokulturelle Zentrum in der Innenstadt von Halberstadt gemeint ist und ruft sofort den langjährigen Kooperationspartner an. Der fasst kurz zusammen und gibt dann sein Handy an ein Vereinsmitglied der ZORA weiter.

Jener berichtet am Telefon: „Freitag Abend spielte eine Schweizer Ska-Band. Gegen drei Uhr nachts kommt ein Mädchen völlig verheult in den Konzertraum gerannt: ‚Nazis schlagen Martin* zusammen!‘ Leute rennen nach draußen. Plötzlich fliegen Steine, Flaschen und Dachziegel. Geistesgegenwärtig löscht jemand das Licht im Hof, um den Angreifern die Sicht zu erschweren. Wie durch ein Wunder wird niemand von den Wurfgeschossen getroffen. Als sich die Angreifer zurückgezogen haben, stellt jemand erschrocken fest: ‚Martin ist verschwunden!‘ Die Suche beginnt. Kurz darauf stellt sich heraus, dass einer der rechten Angreifer den Schwerverletzten auf die Straße geschleppt und einen Krankenwagen gerufen hat. Die herbeigerufene Polizei kann noch in der Nacht einige der Täter festnehmen.“

Erleichtert nimmt der Vertreter der ZORA das Angebot der Mobil Opferberatung an, zur Unterstützung nach Halberstadt zu kommen. Am Montag, 24 Stunden nach dem Telefonat, fährt die Beraterin aus Halle nach Halberstadt und führt in der ZORA Beratungsgespräche mit Vereinsmitgliedern und dem Sozialarbeiter des Zentrums. Einige KonzertbesucherInnen beschreiben erregt, wie sie den Angriff erlebt haben. Gemeinsam

werden schließlich die nächsten Schritte überlegt. Ein Aufruf an die AugenzeugInnen des Angriffs entsteht und wird im Projekt ausgehangen. Vereinsmitglieder und Sozialarbeiter finden, die Mobile Opferberatung solle am Abend eine Informations- und Diskussionsveranstaltung machen. Da können auch diejenigen kommen, die tagsüber in der Schule, am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind.

„Wir machen die fertig! Wir nehmen den Laden auseinander!“

Der Andrang abends ist groß. Etwa 40, vor allem sehr junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren, machen ihren Ängsten, ihrer Ohnmacht und Wut Luft. Fragen, was jetzt passieren wird. Wollen wissen, was sie selbst tun können, um sich vor Angriffen zu schützen. Sie tauschen ihre Erlebnisse und Erfahrungen aus, ermutigen sich gegenseitig. Eines wird schnell deutlich: Niemand will sich durch rechte Gewalt einschüchtern lassen. Aber die Brutalität, mit der die Angreifer einem 21-jährigen Besucher der ZORA schwere Kopfverletzungen zugefügt haben, macht Angst.

Der Verein stellt einen Kontakt zwischen der Beraterin und dem Vater des Betroffenen her. Bei dem Gespräch berichtet der Vater, Martin sehe fürchterlich zugerichtet aus, aber „den Umständen entsprechend“ ginge es ihm gut. Herr Weidner* will die „gewissenlose Brutalität“ der Rechten öffentlich machen: Er hat schon mit einem Journalisten der Lokalausgabe der „*Magdeburger Volksstimme*“ gesprochen und wünscht sich ein größeres Medieninteresse. Die Beraterin vermittelt den Kontakt zu einer überregionalen Tageszeitung, vereinbart einen Besuch bei Martin im Krankenhaus und berät mit dem

(K)ein ausgelassener Konzertabend in der ZORA Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche

Vater die juristische Möglichkeit der Nebenklage im Strafverfahren gegen die Angreifer.

Wenige Tage später im Halberstädter Krankenhaus: Etliche Freunde sind bei Martin zu Besuch. Er erscheint gut gelaunt, erzählt Scherze. Er hat überlebt! Mit Rissen an Oberkiefer, Stirn und Hinterkopf, Nasenbeinbruch, beidseitigem Jochbeinbruch, Hämatomen unter beiden Augen sowie Prellungen im Brustbereich. Martin berichtet vom Abend des Angriffs. Dass das Konzert toll war, er nur draußen eine Zigarette rauchen wollte, gar nicht mitbekam, dass sich Leute von hinten anschlichen. Auf einmal standen sie um ihn herum, eine Bierflasche traf seinen Kopf, fast zeitgleich eine weitere. Martin fiel auf den Boden. Tritte trafen seinen Kopf. „Wir machen die fertig! Wir nehmen den Laden auseinander!“ hörte er wie einen Schlachtruf. „Ein richtig feiger Überfall war das“, sagt er nachdenklich. Und: „Die Typen sollen mitbekommen, dass das Scheiße war!“ Nach der Erstberatung ist für Martin klar, dass er von der Mobilen Opferberatung unterstützt werden will.

Während die Polizei in den folgenden Tagen in ihren Pressemitteilungen lediglich von einem schwer verletzten Opfer spricht, erfährt die Beraterin vor Ort von einem weiteren Opfer der rechten Angreifer. Der Betroffene war den Rechten im Vorfeld des Angriffs zufällig auf der Straße begegnet und wurde ohne ersichtlichen Grund mit einer Bierflasche niedergeschlagen. Außerdem wird bekannt, dass einige der mit Zaunlatten bewaffneten Rechten bereits vor ihrem Angriff auf die ZORA versucht hatten, gewaltsam in ein alternatives Wohnprojekt einzudringen. Sie scheiterten daran, dass die BewohnerInnen am Vorabend des

neonazistischen Rudolf-Hess-Aktionstages einen Angriff der Rechten nicht ausgeschlossen und deshalb Sicherheitsmaßnahmen ergriffen hatten. Weitere Beratungs- und Unterstützungsschritte folgen.

Sechs von Fünfzehn: Ermittlungsergebnisse mit Lücken

Lediglich sechs der etwa 15 bis 20 am Überfall auf die ZORA beteiligten Angreifer ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft. So lückenhaft die Aufklärung der Täter, so lückenhaft gestaltet sich auch die Vermittlung der Ermittlungsergebnisse an die Betroffenen des Angriffs und ihre Anwältinnen. Einige werden ihnen bis heute vorenthalten.

Beispielsweise eine Auflistung über die umfangreiche rechtsextreme Materialsammlung, die PolizeibeamtInnen bei einer Durchsuchung in der Wohnung eines mutmaßlichen Angreifers wenige Tage nach dem Überfall fanden. Dabei hatte der Leiter des 4. Fachkommisariats des Polizeipräsidiums Halberstadt die Fundstücke kurz darauf stolz der Presse präsentiert: Hakenkreuz- und SS-Fahnen, Hitlerbüsten, rechte Fanzines wie den „Fahnenträger“ aus Ostvorpommern und „Feuer und Sturm“ aus Sachsen sowie einige Dutzende CDs der Band „SSA – Skinheads Sachsen-Anhalt“ mit den programmatischen Titeln „Der Kampf hat begonnen“ und „Niemals geben wir auf“.

Mit der Durchsuchung sei zudem die Halberstädter Neonaziband „SSA“ erfolgreich zerschlagen worden, so der Polizeibeamte weiter. Deren Sänger Peter K. gilt als einer der Drahtzieher des Angriffs auf die ZORA. Wie sicher sich der seit 1991 als rechter Gewalttäter bekannte Neonazi fühlen konnte, zeigt das Cover der CD

„Der Kampf hat begonnen“. Auf der Vorderseite werden lachende Wehrmachtssoldaten in Siegerpose auf einer Karte Europas gezeigt; auf der Rückseite posiert der 33-jährige K. unvermummt vor dem Halberstädter Stadtpanorama. Gegenstand des Verfahrens wegen des Angriffs auf die ZORA ist jedoch weder der Fund der CD noch deren Inhalt. Statt dessen leitete die Staatsanwaltschaft Halberstadt ein gesondertes Verfahren wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ ein. So als hätten Textzeilen wie „genau wie damals werden wir marschieren, und unsere Feinde, die sollen krepieren“ mit dem Überfall auf die ZORA nichts zu tun.

Ein erster Prozess am Amtsgericht Halberstadt

1. April 2004, Prozessauftritt beim Amtsgericht Halberstadt. Vor dem Eingang des Gerichts stehen um 8 Uhr morgens etwa fünfzig nicht-rechte und alternative Jugendliche, verteilen Flugblätter. Viele von ihnen sind SchülerInnen, die sich einen schulfreien Tag erkämpft haben. Ein Transparent wird entrollt: „Engagement gegen rechte Gewalt statt deren Verharmlosung!“ Nach und nach kommen auch kleinere Grüppchen von Rechten vorm Gericht an, bleiben unentschlossen stehen.

Im Gerichtssaal findet schließlich doch noch ein halbes Dutzend Neonazis Platz. Ansonsten ist der Raum bis auf den letzten Platz mit Angehörigen und UnterstützerInnen der Betroffenen und PressevertreterInnen besetzt. Die Mobile Opferberatung hatte sie mit einer Pressemitteilung vorab informiert. Diejenigen UnterstützerInnen, die nicht mehr in den Saal passen, brechen vom Gerichtsgebäude zu einer Demonstration in die Innenstadt auf.

Kurz nach Verhandlungsbeginn wird klar: Während vier seiner Gesinnungsgenossen auf der Anklagebank bleiben, weil sie bereit sind, ihre Beteiligung an dem Angriff teilweise einzuräumen, zieht es der mehrfach vorbestrafte Peter K. vor zu schweigen. Selbstbewusst und begleitet von Neonazis aus Halberstadt verlässt der 33-Jährige unbehelligt das Gerichtsgebäude. Gegen ihn und einen 15-Jährigen soll gesondert verhandelt werden, entscheidet das Gericht.

Am zweiten Prozesstag, den 6. April 2004, Urteilsverkündung gegen die vier Angeklagten: 18 Monate Freiheitsstrafe wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch für den 19-jährigen Steven M.; ein Jahr Haft wegen Landfriedensbruchs für den 28-jährigen Stefan R. Acht bzw. neun Monate Freiheitsstrafe auf zwei Jahre Bewährung für den 25-jährigen Lutz S. und den 18-jährigen Sören R. wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung. Draußen vor dem Gerichtssaal warteten derweil an beiden Verhandlungstagen 30 bis 40 „KameradInnen“ der Angeklagten, darunter Aktivisten des überregionalen militanten „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SSSA).

„Wie eine Auseinandersetzung unter Fußballfans“

Nach ihren Motiven für den Angriffszug durch die Stadt befragt, hatten sich die Angeklagten bedeckt gehalten. Er sei „neutral, Tendenz rechts angehaucht“, erklärte etwa Steven M. auf Nachfrage. In den Ermittlungen hatte er dagegen freimütig erklärt, er habe aus Hass auf die ZORA gehandelt. Das soziokulturelle Zentrum sei ihm ein „Dorn im Auge“, weil sich dort „Kiffer, Autonome und Linke“ aufhielten – Einlassungen, die nach den bundesweit geltenden Kriterien des polizeilichen

(K)ein ausgelassener Konzertabend in der ZORA

Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche

Meldedienstes für politisch motivierte Kriminalität (PMK-rechts) eine rechtsextrem motivierte Gewalttat charakterisieren. Trotzdem verharmloste Staatsanwalt Horst Sehorsch im Gerichtssaal den rechten Hintergrund des Angriffs, den er mit einer Auseinandersetzung unter rivalisierenden Fußballfans verglich. Da verwundert es dann auch nicht, dass Sehorsch als „konstruktive Lösung“ wenige Tage nach dem Urteil in einem Interview mit der „Magdeburger Volksstimme“ vorschlug, die Rechten sollten doch zum Bier trinken in die ZORA gehen.

Eine Frage des langen Atems

Halberstadt, ein Jahr nach dem Angriff auf die ZORA: Gegen Peter K. und den 15-jährigen Mitangeklagten hat noch immer kein Prozess begonnen. In einem Seminarraum der ZORA sind dagegen 20 MultiplikatorInnen der Einladung der Mobilen Opferberatung zum Workshop mit dem Titel „Das Prinzip Opferperspektive“ gefolgt. Neben Informationen über das Projekt, die Angriffsfolgen und die Perspektive der Betroffenen werden auch Informationen über regionale rechte Strukturen vermittelt.

Von der Halberstädter Band „Skinheads Sachsen-Anhalt“ haben die meisten TeilnehmerInnen noch nie gehört. Eine Folie mit Zitaten aus SSA-Songtexten wird aufgelegt: „Wir stehen hier für unser Land, mit einer Waffe in der rechten Hand, ihr werdet vor uns auf die Knie gehen, ihr roten Schweine sollt um Gnade flehen.“ „So als hätte die Band das gesungen, was sie später in die Tat umsetzte!“, stellt eine Workshop-Besucherin fest.

In Arbeitsgruppen tauschen die PädagogInnen Erfahrungen aus und diskutieren Lösungsansätze. Am Ende des Workshops ist man sich einig: Die öffentliche Solidarisierung und Unterstützung Betroffener rechter Gewalt und die Stärkung nicht-rechter und alternativer Jugendkultur setzt den Tätern Grenzen. Dazu ist es notwendig, Netzwerke auf- und auszubauen und nicht weg zu schauen.

** Name geändert*

„Ich will mir gar nicht ausmalen, wie der Prozess ohne anwaltlichen Beistand gelaufen wäre!“

Nebenklagevertretung als wichtiger Schritt zur Stärkung der Betroffenen

Ungeduldig rascheln Verteidiger, Staatsanwalt und Richter mit Prozessakten, als Rechtsanwältin Regina Götz beginnt, einen – wie angekündigt – ausführlichen Antrag auf Zulassung der Nebenklage für ihre beiden Mandanten zu verlesen. Es ist Montag, der 7. Oktober 2004, 8.35 Uhr, kurz nach Eröffnung der Hauptverhandlung gegen zwei Neonazis vor dem Amtsgericht Halberstadt. Etwa 20 Minuten später sind die Würfel gefallen: In diesem Verfahren werden Jasmin Schröder* und Thomas Wolf* nicht als Nebenkläger auftreten dürfen.

„In voller Absicht“

Doch der Reihe nach. Was war eigentlich vorgefallen? Nachdem die Mitarbeiterin der Mobilen Opferberatung am 20. April 2004 im Alternativen Jugendzentrum Dessau Informationen über einen rechten Angriff auf einen Punk in Wegeleben erhalten hatte – von einer Jagd mit einem Auto wurde gesprochen – recherchierte sie unter anderem auch in den Pressemitteilungen der Polizei. Auf der Seite der Polizeidirektion Magdeburg wurde sie fündig: „Am Samstag Abend, 17.04.2004 gegen ca. 20.00 Uhr, fuhr ein 23-Jähriger mit seinem PKW vermutlich in voller Absicht einen 24-jährigen Fußgänger an. Anschließend hielt der 23-Jährige Wegelebener seinen PKW an. Gemeinsam mit seinem 17-jährigen Beifahrer schlug er den 24-Jährigen brutal zusammen. Die Polizei konnte den 23-jährigen Täter im Rahmen der Fahndung kurze Zeit später vorläufig festnehmen. Die Staatsanwaltschaft stellte Haftantrag. Am heutigen Tag ordnete der Haftrichter die Unter-

suchungshaft an. Das Opfer liegt mit schweren Schädelverletzungen im Krankenhaus. Hintergründe zur Tat sind zur Zeit nicht bekannt. Alle beteiligten Personen kommen aus Wegeleben.“

Innerhalb der nächsten drei Tage gelang es, telefonisch Kontakt zu einem Freund des Betroffenen herzustellen. „Super Aktion!“, ist seine Reaktion auf unser Unterstützungsangebot. Einen Tag später sind wir bei dem Punk und seinen Freunden vor Ort und erfahren folgendes:

Mit seiner Freundin Jasmin, seinem Freund Thomas und seinen beiden Hunden ist Jens Kunze* gegen 20 Uhr auf einem Feldweg unterwegs, als plötzlich ein vollbesetztes Auto mit aufgeblendeten Scheinwerfern auf sie zurast. Jens reagiert sofort: „Hunde losmachen und laufen!“, ruft er den anderen zu. Die drei rennen los, versuchen, ihre Verfolger abzuschütteln, indem sie über mehrere Gräben springen. Doch das Auto kommt immer näher. „Fahr das Schwein tot!“, hören sie jemanden aus dem Auto rufen. Thomas befindet sich hinter den beiden anderen Flüchtenden, wird von dem Auto seitlich gestreift. Er rettet sich durch einen Sprung in ein Gebüsch. Jens wird frontal angefahren. Er bricht zusammen und rutscht in einen Graben, in den auch Jasmin fällt.

Eisenstangen in der Hand, ein Grinsen im Gesicht

Die Fahrzeuginsassen, fünf den Betroffenen zum Teil bekannte rechtsextreme Skinheads, steigen aus, Eisenstangen in der Hand, Grinsen im Gesicht. Sie beginnen, auf den am Boden liegenden Jens einzuschlagen. „Hau ab, sonst kriegst du auch noch was!“, bedrohen zwei

„Ich will mir gar nicht ausmalen, wie der Prozess ohne anwaltlichen Beistand gelaufen wäre!“

der Rechtsextremen Thomas, der dem Freund zu Hilfe kommen will. So bleibt ihm nur wegzurennen, „so schnell wie noch nie in meinem Leben“, und Hilfe zu holen. Immer wieder schlagen die Angreifer mit voller Wucht zu – und zielen vor allem auf den Kopf ihres Opfers. Bestärken sich gegenseitig: „Schlag die Sau tot!“, „White Power!“, „Sieg Heil!“.

Die Freundin von Jens muss dies – versteckt in einem Gebüsch – ohnmächtig mit ansehen. Erst als sich Jens nicht mehr rührt, lassen die Schläger von ihm ab. Fahren weg. Mit Hilfe seiner Freundin gelingt es dem blutüberströmten Jens, sich zur nächstgelegenen Straße zu schleppen. Eine von seinem Freund alarmierte Notfallambulanz trifft kurze Zeit später ein, Jens wird auf die Intensivstation gebracht. Die Ärzte stellen u.a. eine Stirnbeinfraktur, beidseitige Kieferhöhlenfrakturen und eine acht Zentimeter lange Kopfplatzwunde fest.

„Engagierte Rechtsanwälte“ wünschen sich die drei Betroffenen zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Damit die Rechten zumindest „richtig was abfassen“ für das, was sie getan haben. Und der rechtsextreme Hintergrund für den Angriff nicht, wie die Polizeimeldung vermuten lässt, ignoriert wird. Einige Monate später, im Büro der mittlerweile bevollmächtigten Rechtsanwältinnen der Betroffenen in Berlin, Sprachlosigkeit bei Jens und Jasmin: Nur gegen zwei – einschlägig vorbestrafte – Neonazis war Anklage erhoben worden. Doch nicht etwa wegen versuchten Totschlags, sondern lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung. Die von einem Gerichtsmediziner später per Aktenlage diagnostizierte „potenzielle Lebensgefahr“ für Jens interpretiert die Staatsanwaltschaft Halberstadt zu Gunsten der Angeklagten. Dass sie ihrem Opfer mit Eisenstangenschlägen auf den

Kopf lebensbedrohliche Verletzungen zufügten, hätten die Angeklagten als „medizinische Laien“ nicht erkennen können.

Aktiv vor Gericht und in der Öffentlichkeit

Außerdem beinhaltet die Anklageschrift lediglich das Zusammenschlagen des Punks, nicht die vorausgegangene Jagd mit dem Auto auf ihn und seine Freunde. Diesbezügliche Beschwerden der Rechtsanwältinnen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens beim Amtsgericht und die Nichtzulassung der Nebenklage waren vom Landgericht Magdeburg bereits als unzulässig abgewiesen worden. Schnell wird den Betroffenen klar, was das für sie bedeutet: Verharmlosung des gezielten, brutalen Angriffs durch die Staatsanwaltschaft, niedrigere Straferwartung für die Täter und massive Einschränkung der Rechte der Opfer. Nur Jens würde als Nebenkläger während der gesamten Hauptverhandlung Anwesenheitsrecht haben sowie das Recht Zeugen zu befragen, Erklärungen abzugeben und Anträge zu stellen.

Eine sofortige Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Nebenklage für Jasmin und Thomas lehnte das Landgericht Magdeburg ab.

Doch Resignation kommt für die Betroffenen nicht in Frage: Gemeinsam mit den Rechtsanwältinnen werden die verbleibenden rechtlichen Möglichkeiten diskutiert, die dafür notwendigen Schritte durchgesprochen. Durch die Unterstützung der Rechtsanwältinnen fühlen sie sich dem juristischen Prozedere nicht hilflos ausgeliefert, sondern können aktiv überlegen, was ihnen wichtig ist. Zum Beispiel, dass die als Ungerechtigkeit empfundene rechtliche Bewertung von Staatsanwaltschaft und Gerichten öffentlich gemacht werden muss.

Zurückgewonnene Handlungsfähigkeit

Unter der Überschrift „Neonazis jagen Punk mit Auto und verletzen ihn lebensgefährlich/Staatsanwaltschaft Halberstadt sieht in Eisenstangenschlägen auf Kopf des Opfers keine Tötungsabsicht/Mobile Opferberatung sieht zu Prozessbeginn Verharmlosung rechter Gewalt“ bringt die Pressemitteilung der Mobilien Opferberatung vor Prozessauftakt die Kritik der Betroffenen auf den Punkt. Eine als angemessen empfundene Bewertung und Verurteilung der Tat durch das Amtsgericht Halberstadt erwarten sie spätestens nach dem endgültigen Ausschluss von Jasmin und Thomas am ersten Verhandlungstages nicht mehr.

Aber trotzdem sind die Betroffenen froh, sich für die Nebenklage entschieden zu haben. Nachdem die Öffentlichkeit am zweiten Verhandlungstag auf Antrag des Verteidigers des zur Tatzeit 17-jährigen Angeklagten ausgeschlossen worden war, kann nur Jens als einziger Nebenkläger weiterhin den Prozess im Gerichtssaal verfolgen. „Ich will mir gar nicht ausmalen, wie der Prozess ohne anwaltlichen Beistand gelaufen wäre!“, sagt er später. Jasmin, Thomas und Jens sind sich sicher, dass sich ihre Wahrnehmung des Angriffs und die Kritik am Ablauf des Strafverfahrens zumindest im Plädoyer der Nebenklagevertreterin wiederfinden werden.

** Name geändert*



„Du hast hier gar nichts zu sagen!“

Alltag: Rassismus an der Schule

Wie schon oft steht die 17-jährige Jennie Milanes* im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zweier Mitschülerinnen. In Angola aufgewachsen, lebt Jennie seit knapp drei Jahren in Sachsen-Anhalt. Die beiden Mitschülerinnen bewerfen sie während des Deutschunterrichts in der 7. Klasse einer Sekundarschule mit Kaugummis, lachen hämisch. Jennie macht den Lehrer darauf aufmerksam, doch die erhoffte Intervention bleibt aus. „Lasst das!“, bittet Jennie. Eine weitere Mitschülerin mischt sich ein: „Du hast hier gar nichts zu sagen! Neger! Du gehörst nicht hierher! Ich mag keine Ausländer! Ich hasse Dich! Du nervst in der Klasse!“ Jennie blafft zurück. Daraufhin wird sie von der Schülerin geohrfeigt. Jennie wehrt sich, schlägt einmal mit der flachen Hand zu. Sie wird geschubst, schubst zurück. „Hört auf!“, mischt sich schließlich der Lehrer ein. Es klingelt zur Pause.

Nur wenige Minuten später wird Jennie auf dem Flur ihrer Schule plötzlich von fünf Jugendlichen umringt. Die Mitschülerinnen haben „Verstärkung“ mitgebracht – zwei ältere Freunde der Mädchen: „Halt die Klappe Schlampe, jetzt bist du dran!“ Eine Freundin Jennies versucht verbal zu intervenieren – vergeblich. Als sich Jennie bückt, um ihren Rucksack zu greifen, zieht sie eine der Mitschülerinnen an den Haaren hoch und schlägt ihr mit der flachen Hand ins Gesicht. Jetzt geht alles sehr schnell: Einer der Jugendlichen tritt Jennie an den Oberschenkel. Als sie sich zu wehren versucht, dreht der Angreifer ihr die Arme auf den Rücken. Jennie reißt sich los. Da greift der Jugendliche mit beiden Händen zu und beginnt, Jennie zu würgen und drückt sie gleichzeitig an die Wand. Verzweifelt versucht Jennie, sich zu befreien. Währenddessen schlagen und treten die Umstehenden auf sie ein. Als sich Jennie aus dem Würgegriff lösen kann, erhält sie einen Faustschlag ins Gesicht.

Blut fließt. Eine Lehrerin kommt hinzu, ruft „Auseinander“ und versucht, die Angreifer von weiteren Schlägen abzuhalten. Doch die malträtiert Jennie weiter – mit Schlägen, Tritten und Beschimpfungen. Die Lehrerin bittet eine in der Nähe stehende Schülerin, Hilfe zu holen. Schließlich lassen die Angreifer von Jennie ab. Ein Lehrer informiert die Polizei.

Der Erstkontakt mit der Mobilien Opferberatung

Jennie und ihre Mutter nehmen über eine engagierte Freundin der Familie Kontakt zur Mobilien Opferberatung auf. Das Erstberatungsgespräch findet in einer der Anlaufstellen des Projekts statt. Zwei Wochen sind seit dem Angriff vergangen, und Jennie wirkt verschüchtert, in sich gekehrt. Frau Milanes beginnt zu erzählen. Von der Behandlung im Krankenhaus – Fotos werden vorgeholt, mit denen die Mutter den Zustand ihrer Tochter nach dem Angriff dokumentierte: Ein geschwollenes, gerötetes Auge, Pflaster von der Tetanusspritze auf dem Arm, ein gequälter Blick.

Dann beginnt Jennie zu sprechen, berichtet von der Reaktion der Polizei vor Ort. Ob sie „Neger“ denn als Beleidigung empfinde, haben die Beamten sie gefragt. Und klargestellt: „Darum geht es hier nicht!“ Richtig krank habe sie sich nach dem Angriff gefühlt, konnte sich nicht bewegen, fühlte Schmerzen, überall. Und Jennie hat Angst bald wieder in die Schule gehen zu müssen. Gerade sind Pfingstferien. Davor war sie neun Tage krankgeschrieben.

Frau Milanes macht sich Sorgen: Jennie habe sich seit dem Angriff verändert. Sie traue sich nicht mehr unter Leute, schäme sich für ihre Hautfarbe. In der 7. Klasse

„Du hast hier gar nichts zu sagen!“

Alltag: Rassismus an der Schule

– in der sie gemeinsam mit 13- und 14-Jährigen lernt – fühlt sich die fast 18-Jährige in mehrfacher Hinsicht fehl am Platz. Von den drei Mitschülerinnen wurde sie des öfteren gequält und rassistisch beschimpft. „Warum hilfst du der überhaupt?“, wird ihre Banknachbarin gefragt, wenn sie Jennie im Unterricht unterstützt. Während der Pause ist Jennie oft allein. Weil sie sich deshalb schämt, versteckt sie sich manchmal auf der Toilette.

„Ich gehe nicht in die Schule, um zu streiten, sondern weil ich lernen will“

Gemeinsam überlegen Jennie, ihre Mutter und die Beraterin, was getan werden kann. Zwei Hauptanliegen stehen für die Betroffene im Vordergrund – dass sich innerhalb der Schule etwas verändert und dass Jennie Unterstützung dabei erhält, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. „Ich gehe nicht in die Schule, um zu streiten, sondern weil ich lernen will!“, artikuliert Jennie für sie Selbstverständliches. Von den LehrerInnen wünscht sie sich Verständnis und Unterstützung – beim Lernen und dem Umgang mit rassistischen Ressentiments der Mitschülerinnen.

Die nächsten Schritte werden besprochen und geplant: Recherche nach Deutschkursen und Klärung der Finanzierung; Anruf der Beraterin bei der Polizei mit der Bitte, einen Portugiesisch-Dolmetscher zur Vernehmung hinzuzuziehen; Begleitung zur polizeilichen Vernehmung; Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Rechtsanwalt und Begleitung zum Erstgespräch; Vermittlung zum Weißen Ring wegen finanzieller Unterstützung und nicht zuletzt Vereinbarung eines Termins für ein gemeinsames Gespräch mit Schulleitung und Klassenlehrer.

„Konkurrenz unter Mädchen?“

Nach den Ferien folgt in der Schule ein Gespräch mit dem stellvertretenden Schulleiter und dem Klassenlehrer – die eine ganz eigene Sicht auf die Dinge haben. Bis jetzt sei – außer diesem Vorkommnis – Ausländerfeindlichkeit an der Schule nicht aufgefallen, weder bei den SchülerInnen noch den LehrerInnen. Man hoffe, dass sich nun keine „solche Kontroverse an unserer Schule“ entzünde. Die LehrerInnen hätten generell das Problem, dass ihre Autorität oftmals nicht anerkannt würde. Schulsozialarbeiterstellen seien gestrichen worden. Und Mobbing von Schülern untereinander sei ein alltägliches Problem. Die gewalttätige Auseinandersetzung sei auf eigentlich „normale Konkurrenz unter Mädchen“ zurückzuführen.

In der folgenden Diskussion gelingt es, der Betroffenen Raum zu verschaffen, ihre Perspektive vom Schulalltag zu schildern. In der Folge wird seitens der Schulvertretung eingeräumt, dass die Schule ihre begrenzten Möglichkeiten, gegen Rassismus vorzugehen, nicht ausschöpfe. Jennie wird angeboten, sich mit Problemen jederzeit an die beiden Vertrauenslehrer – und die anwesenden Schulvertreter wenden zu können. Mit den Angreiferinnen sollen klärende Gespräche geführt werden. Die Mobile Opferberatung bietet an, einen Überblick von antirassistischen und interkulturellen Schulprojekten und LehrerInnenfortbildungen zusammenzustellen. Die Schulvertretung artikuliert deutliches Interesse. Die konkrete Planung soll im neuen Schuljahr angegangen werden.

* Name geändert

„Adrenalin ohne Ende“

Eine Reportage aus der Plattenbausiedlung

Es klingelt schrill an der Tür der Wohnung im fünften Stock. Silvio* löst sich ungern aus dem Knäuel seiner feiernden Freunde. „Eigentlich ist das Zimmer schon voll mit uns achten.“ Ihr Murren begleitet ihn auf dem Weg zum Flur bis zum Guckloch im Türblatt. Kapuzen sieht er, mehr nicht. Im selben Moment knallt die Spanplatte gegen seinen Kopf. Silvio geht benommen zu Boden, eingeklemmt zwischen Wand und Tür. Der Lärm scheucht die anderen vom Sofa hoch. Als zweiter rennt Paul zum Eingang; dann fühlt er nur noch, wie mit einem Knüppel auf seinen Kopf eingedroschen wird. „Ich dachte, mir ist der Schrank auf den Kopf gefallen, aber der fällt ja nicht zwei Mal ...“ Als sein Freund Harald dazukommt, holt einer der drei mit Kapuzen verummten Männer im zersplitterten Türrahmen mit einer Bierflasche aus. Harald kann gerade noch ausweichen, als plötzlich die Schläger die Flucht ergreifen; hastig stürzen sie die Treppen vom fünften Stock zum Ausgang des Hauses hinunter. Paul rappelt sich wieder auf und rennt blutüberströmt durch den Flur und das einzige Zimmer der Wohnung an seinen Freunden vorbei auf den Balkon. Er sieht unten vor dem Haus zwei Polizisten, die gerade in ihren Streifenwagen einsteigen wollen. „Die haben gerade unsere Wohnung angegriffen!“, schreit er verzweifelt aus vollem Hals, als im selben Moment die drei Männer aus dem Haus gestürzt kommen. Zielstrebig rennen sie auf ihr vor dem Haus geparktes Auto zu, in dem noch eine Frau sitzt. Doch die Polizisten kommen ihnen zuvor und nehmen sie in Gewahrsam – erst einmal.

Das Zersplittern der Tür, die Knüppelschläge, alles spielt sich in wenigen Minuten ab. „Die sahen doch mit den Kapuzen aus wie welche von uns“, erzählt Silvio im

nachhinein, sichtlich schockiert und gleichzeitig empört. „Wir haben ja gar nicht geblickt, was los ist.“ Beim Klingeln rechneten sie mit weiteren Freunden, „aber doch nicht mit Faschos!“ Fio erinnert sich: „Mir hat das Herz bis zum Hals geklopft!“ Und die Hände haben gezittert. „Du hast geschrien: Was ist denn los? – Weißt du das nicht mehr“, sagt Olaf zu seiner Schwester Lisa. Sie verstummt und starrt auf das Sofa als liefe der Horror des Angriffs noch einmal vor ihren Augen ab. „Adrenalin ohne Ende!“, sagt ihre Freundin kurz und knapp.

„Das war die erste Staffel. Die nächste kommt bestimmt!“

Tatsächlich ohne Ende, denn nach dem Überfall begegnen sie alle ihren AngreiferInnen noch einmal auf der Polizeiwache, kurz nachdem die Kopfverletzungen von Paul und Silvio im Krankenhaus genäht worden sind. Dort hört Paul die Frau, die er zuvor in dem PKW vom Haus hat sitzen sehen, ihnen drohend zurufen: „Das war die erste Staffel. Die nächste kommt bestimmt!“ Eine Nacht nur werden die vier Rechten in einer Zelle auf dem örtlichen Kommissariat festgehalten, einer von ihnen kommt danach vorübergehend in Untersuchungshaft.

Adrenalin ohne Ende: Die acht angegriffenen jungen Frauen und Männer werden zwei Tage später aufs Revier vorgeladen. Der Polizeichef persönlich rät ihnen, sich bloß ruhig zu verhalten. Die Kripo werde sich schon um die Angelegenheit kümmern. Sie wolle „die braune Pest“ hier auch gar nicht erst aufkommen lassen. Das beruhigt zwar erst einmal. Nur: „Vor fast genau einem Jahr haben die schon mal versucht, diese

„Adrenalin ohne Ende“

Eine Reportage aus der Plattenbausiedlung

Wohnung zu stürmen. Da haben wir's aber rechtzeitig gemerkt und sie verjagt“, erzählt Paul.

Und diesmal? Wie soll Olaf weiterleben in seiner Wohnung? Seine Tür mit dem Guckloch ist eingetreten, der Türrahmen zersplittert. Keiner kümmert sich darum. Olaf überlegt, ob er nicht besser umziehen sollte. Beim Reden darüber stellt er jedoch fest, dass er als Punk ohnehin überall erkannt wird. Also ringt er sich dazu durch, den Vermieter um die Instandsetzung der Tür zu bitten. Widerwillig, denn „die wollen mich doch sowieso raushaben. Die wollen hier keine Punks.“

„Als Punks hilft uns sowieso niemand“

Und tatsächlich: Es geschieht nichts. Selbst nachdem die verantwortliche Wohnungsbaugesellschaft auch von der Mobilien Opferberatung aufgefordert worden ist, aus Sicherheitsgründen im Interesse des Mieters umgehend für eine Reparatur zu sorgen, passiert nichts. „Wir wissen ja gar nicht, wer das dann bezahlt“, ist die einzige Sorge der SachbearbeiterInnen. Schließlich greift Olaf selbst zu Hammer und Säge und improvisiert geschickt, „um mal wieder schlafen zu können“.

Leicht gemacht wird ihm das jedoch nicht. Zehn Tage später sucht die Kripo jeden Einzelnen der Betroffenen auf, ohne Vorankündigung, ohne Vorladung. „Morgens um 8 Uhr steht einer vor meiner Wohnung.“ Eine Betroffene wird sogar auf ihrer Arbeitsstelle aufgesucht, um die Täter zu identifizieren. „Wie unangenehm und peinlich. Muss ich mir das gefallen lassen?“, fragt sie bei der Mobilien Opferberatung nach. Sie hat Angst vor Repressalien durch ihren Arbeitgeber.

„Der zeigt mir 40 Köpfe, und alle sehen gleich aus.“

Unschärf und verschwommen seien einige der Fotos gewesen, worunter auch die Tatverdächtigen seien sollen, erzählt Harald empört. Begleitet wird die Vernehmung von mehrdeutigen Sprüchen wie: „Bei euch standen doch die vielen Sternburger-Flaschen rum.“ Harald macht das Angst und wütend zugleich.

Wie soll er die Sprüche des Polizeibeamten interpretieren? Die Angreifer waren doch direkt nach der Tat gefasst worden. Die Polizei hatte sogar behauptet, Erkenntnisse über die Festgenommenen zu haben. Unzweifelhaft steht fest: Die Angreifer sind aus der rechten Szene und das Autokennzeichen ist ebenfalls bekannt. Es gibt in diesem Fall sogar mehrere Zeugen. Olaf und die anderen haben erfahren, dass an dem Tag des Angriffs die Schlägergruppe zuvor am Bahnhof bereits einer älteren Frau aufgefallen war, als sie dort mit Baseballschlägern rumhantiert hätten. Die aufmerksame Frau hatte sofort die Polizei informiert, die in Folge den beobachteten PKW vor dem Haus wiedergefunden hätte. So war es selbst in der Lokalzeitung zu lesen. „Damit ist doch eigentlich alles klar.“

Zum erstenmal ernst genommen und Verständnis erfahren

Die Beraterin der Mobilien Opferberatung fährt ein weiteres Mal in den kleinen Ort. Ihr ist dringender Gesprächsbedarf per SMS signalisiert worden. Inzwischen ist es außerdem an der Zeit, über die Möglichkeiten einer Nebenklage zu sprechen. Nach ausführlichen und zum Teil aufgeregten Diskussionen entscheiden sich Olaf und seine Freunde, eine erfahrene Rechtsanwältin aus Berlin in ihre Geschichte einzuweißen. Abschreckend finden sie allerdings nicht nur die bevorstehen-

den weiten Fahrten nach Berlin, auch das Geld ist knapp. „Und auch für die Frau haben wir keine Kohle!“ Doch dafür findet sich eine Lösung. Die Beraterin stellt einen Antrag beim „Opferfonds“ des Vereins Miteinander. Dessen Beirat entscheidet, die Fahrkosten für die Beratungen bei der Rechtsanwältin zu übernehmen. Die zudem beantragte Prozesskostenhilfe deckt schließlich die Kosten der Nebenklagevertreterin.

Und außerdem ist es den Freunden fremd und ungewohnt, dass sich jemand für sie einsetzt. Deshalb wollen sie – insbesondere nach den unangenehmen Befragungen durch die Kripo – lieber zur Rechtsanwältin begleitet werden. Auch da zunächst ungläubig, erfahren sie aber, dass sie mit ihren Zweifeln und Fragen ernst genommen werden und Verständnis ernten für ihre Situation.

Der erste Verhandlungstermin vor dem zuständigen Amtsgericht wird ein Vierteljahr nach dem Angriff bekannt gegeben. Angeklagt sind die drei Angreifer im Alter zwischen 19 und 23 Jahren wegen schwerer Körperverletzung. Der Termin rückt unaufhaltbar näher – und damit auch wieder die Erinnerungen an die Einzelheiten des Angriffs. „Die kriegen ja alle unseren Adressen mit!“, fällt Lisa auf. Ihr und den anderen wird auf einmal bewusst, dass sich an ihrer Situation in der Zwischenzeit nichts wesentliches verändert hat. Sie fühlen sich weiterhin gefährdet und haben berechtigterweise Angst vor der direkten Begegnung mit den AngreiferInnen vor Gericht. „Adrenalin ohne Ende!“ Und die Wohnungstür ist immer noch nicht repariert!

Ein knappes halbes Jahr nach dem Angriff: Mit Herzklopfen, aber entschlossen, stellen sich die acht Betroffenen auch der Situation vor Gericht. Nach

anfänglicher Aussageverweigerung präsentieren die drei angeklagten Täter eine offenbar abgesprochene und wenig glaubwürdige Version ihres Überfalls auf die Wohnung. Sie entlarven ihre rechtsextreme Gesinnung nicht nur durch ihre unverhohlene Ablehnung von Menschen mit bunten Haaren und bunter Kleidung, sondern auch dadurch, dass sie von der Polizei beschlagnahmten Gegenstände wie einen mit neonazistischen Emblemen verzierten Rucksack und eine CD-Box mit Hakenkreuz beim Richter zurückfordern. Ein ebenfalls gefundener Fotoapparat und ein Set als Hand- und Fußfesseln nutzbarer Plastikbinder deuten auf eine weitere Dimension der ursprünglich geplanten Tat hin, die allerdings nicht nachgewiesen werden kann. So zeigen sich Staatsanwalt und Schöffengericht zwar schockiert, verurteilen die der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung überführten – teilweise schon vorbestraften – Täter allerdings lediglich zu Haftstrafen auf Bewährung.

Paul, Olaf, Lisa und ihre Freunde sind nicht sehr zufrieden mit diesem Ergebnis. Gleichzeitig sind sie aber froh, dass es überhaupt zu einer Verurteilung gekommen ist. Und vor allem: „Jetzt ist es endlich vorbei!“

** alle Namen geändert*



Die Mobile Opferberatung vor Ort mit der Infotour gegen Rechts

„Wann macht ihr die nächste Veranstaltung?“ und „Man sollte sich viel öfter austauschen“ sind zwei der am häufigsten geäußerten Sätze nach den Workshops und Abendveranstaltungen der „Infotour gegen Rechts“, die das Team der Mobilen Opferberatung in diesem Frühjahr initiiert hat. Ausgangspunkt war, dass der Austausch mit und die Unterstützung von Initiativen, MultiplikatorInnen und Einzelpersonen gestärkt werden sollte. Denn bei steigenden Zahlen von rechten Gewalttaten ist eine flächendeckende Unterstützung der Betroffenen in einem Bundesland, das mit 20.447 Quadratkilometern immerhin das achtgrößte in Deutschland ist, nur gemeinsam mit engagierten Einzelpersonen, Initiativen und MultiplikatorInnen unmittelbar vor Ort zu leisten.

Sensibilisieren, vernetzen, neue Partner gewinnen

Nach intensiven Diskussionen mit PartnerInnen und UnterstützerInnen wurde im Winter 2003/2004 die Idee zur „Infotour gegen Rechts – die Mobile Opferberatung vor Ort“ geboren. Mit ihr sollten neue AnsprechpartnerInnen gewonnen, bestehende Kontakte vertieft und Netzwerke auf- und ausgebaut werden. Dahinter steht der Gedanke, den Projektansatz der Mobilen Opferberatung nachhaltig – und über ein Ende des Bundesprogramms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“ hinaus – vor Ort zu verankern.

Im Mai diesen Jahres war es dann so weit: Mit dem Workshop „Blickpunkt: Opfer rechter Gewalt“ für MultiplikatorInnen, Ehrenamtliche und (potenziell) Betroffene rechter Gewalt und einer sich an den Workshop anschließenden öffentlichen Abendveranstaltung zu

spezifischen Aspekten alltäglicher Erscheinungsformen von Rechtsextremismus ging die Mobile Opferberatung auf Tour. Als Orte ausgewählt wurden acht Kommunen, in denen entweder die Anzahl rechter Gewalttaten seit dem Jahr 2003 erkennbar auf hohem Niveau liegt oder zu Jahresbeginn 2004 eine Häufung rechter Angriffe bekannt wurde: Stendal, Dessau, Quedlinburg, Halle, Halberstadt, Magdeburg, Genthin und Schönebeck. Gleichzeitig verfügt die Mobile Beratung hier schon lange über gewachsene Kontakte.

In den Kommunen, in denen die „Infotour gegen Rechts“ Station gemacht hat, fühlten sich die Betroffenen rechter und rassistischer Angriffe oft alleine gelassen. Aus Sicht der Mobilen Opferberatung ist es daher besonders wichtig, die Infotour-Workshops und Abendveranstaltungen mit lokalen KooperationspartnerInnen, Betroffenen und Netzwerken zu organisieren. So entstanden und entstehen einerseits direkte Bezüge zu rechten Angriffen in der eigenen Kommune; andererseits erfahren Betroffene rechter Gewalt in diesen Kommunen seit den Infotour-Workshops mehr Unterstützung.

Im Blickpunkt die Opfer

Der Workshop „Blickpunkt: Opfer rechter Gewalt“ ist in drei Arbeitseinheiten aufgeteilt: In der ersten wird das „Prinzip Opferperspektive“, das sowohl einen aufsuchenden Beratungsansatz als auch die Wahrnehmung der Betroffenen rechter Gewalt in den Mittelpunkt stellt, erläutert und zur Diskussion gestellt. In einer zweiten Phase erarbeiten die Workshop-TeilnehmerInnen anhand realer Fallbeispiele aus der Praxis der Mobilen Opferberatung eigene Lösungsansätze in Bezug

Die Mobile Opferberatung vor Ort mit der Infotour gegen Rechts

auf professioneller und ehrenamtlicher Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt. Im dritten Teil steht die Vernetzung, der zukünftige Austausch und mögliche Zusammenarbeit der Workshop-TeilnehmerInnen im Vordergrund. Die TeilnehmerInnen stellen eigene Projektideen und Pläne vor, diskutieren neue Konzepte im Umgang mit den Aktivitäten der extremen Rechten vor Ort und verabreden Möglichkeiten des Austauschs und der Zusammenarbeit. Hier übernimmt die Mobile Opferberatung den Moderationspart und gibt, wenn gewünscht oder notwendig, weitere Tipps und Anregungen.

Die Themen der öffentlichen Abendveranstaltungen

„Opferschutz durch Videoüberwachung?“ in Dessau, „Bunt und Braun – mit welchen Ideologien und Strategien suchen Neonazis heute Anschluss an soziale Bewegungen“ in Stendal, Magdeburg, Genthin und Schönebeck, „Rassismus und Lebensbedingungen für Flüchtlinge im Harz“ in Quedlinburg, „Unheilige Allianz. Rechter Black Metal zwischen Heidentum und Neonazismus“ in Halle und „White Noise – Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ in Halberstadt: So unterschiedlich wie die lokalen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sind auch die Themen der öffentlichen Abendveranstaltungen der „Infotour“ und die Räumlichkeiten: soziokulturelle Zentren, Rathäuser, Eine-Welt- und Nachbarschaftszentren oder nicht-rechte Jugendclubs.

Das Thema legen die KooperationspartnerInnen im Vorfeld mit der Mobilien Opferberatung fest, die bei der Suche nach kompetenten ReferentInnen unterstützt. Dabei stehen vor allem zwei Wünsche im Vordergrund:

Die Öffentlichkeit vor Ort über neonazistische Aktivitäten, Erscheinungsformen und Strategien aufzuklären und damit für die Initiativen vor Ort eine bessere Ausgangsbasis für Gegenaktivitäten zu schaffen. Und die Zusammenhänge zwischen rechter Gewalt und den lokalen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus zu beleuchten und so unmittelbare Solidarisierungsprozesse mit den Opfern rechter Gewalt anzustoßen.

Auch in Zahlen lässt sich das Interesse an der „Infotour gegen Rechts“ messen: Über 150 MultiplikatorInnen, Ehrenamtliche und (potenziell) Betroffene nahmen an den Workshops teil. Mehr als 200 BesucherInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren kamen zu den öffentlichen Abendveranstaltungen. Das verbindende Element: Das Bedürfnis und die Bereitschaft, die partiell vorhandenen kommunalen Schweigespiralen zu durchbrechen und neue Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus kennen zu lernen, zu diskutieren und gemeinsam zu erarbeiten. Für das Jahr 2005 sind deshalb weitere acht Infotour-Stopps geplant.

In Zahlen: Rechtsextreme Gewalt und Opferberatung in Sachsen-Anhalt

Dass von Entwarnung oder einem Rückgang rechter und rassistischer Gewalt nicht die Rede sein kann, zeigen die Zahlen für das erste Halbjahr 2004. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres registrierten die Mobile Opferberatung 115 direkt Betroffene rechter Gewalt bei 66 zur Kenntnis gelangten Angriffen. Schon für das Jahr 2003 verzeichneten wir nach einem Abgleich mit der Statistik des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalts 77 Angriffe mit insgesamt 108 Betroffenen – und damit eine im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigende Zahl von Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Höher Unterstützungsbedarf

Bei rechten und rassistischen Gewalttaten muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Betroffene zeigen Angriffe nicht bei der Polizei an und/oder wenden sich nicht an uns. Die Gründe für diese Zurückhaltung sind vielfältig. Mangelnde Unterstützung durch kommunale Akteure spielt ebenso eine Rolle wie fehlende Kenntnisse über rechtliche Möglichkeiten. Ausschlaggebend scheint generell ein durch negative Erfahrungen bewirkter Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen zu sein: Wird etwa ein Flüchtling nach einem rassistischen Angriff auf der örtlichen Polizeiwache nicht mit dem nötigen Verständnis und Entgegenkommen behandelt, so hat dies auch eine Signalwirkung für sein soziales Umfeld. Ähnliches gilt auch für das Anzeigeverhalten von alternativen, nicht-rechten Jugendlichen – vor allem da solche Angriffe oft immer noch von der Polizei als „Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendgruppen“ bagatellisiert werden. Die folgenden Zahlen können folglich lediglich als Indikator verstanden werden und

lassen keine Rückschlüsse auf das reale Ausmaß rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt zu.

Die Mobile Opferberatung unterstützte im Jahr 2003 71 direkt Betroffene in Sachsen-Anhalt. Im ersten Halbjahr 2004 wurden insgesamt 59 Opfer einer rechtsextremen oder rassistischen Gewalttat beraten und begleitet. Hilfe erhielten zudem auch 26 Personen als Angehörige, FreundInnen oder ZeugInnen eines unmittelbar Betroffenen bzw. einer rechtsextremen Gewalttat. Damit erreichte die Beratungstätigkeit alleine in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 mit 85 beratenen Personen fast das Niveau des Jahres 2003, in dem insgesamt 86 Personen beraten wurden.

Hauptbetroffene: Flüchtlinge und nicht-rechte Jugendliche

Die Zahlen für das erste Halbjahr 2004 zeigen beispielhaft, dass hauptsächlich nicht-rechte und alternative Jugendliche (31) sowie Flüchtlinge und MigrantInnen (18) von rechtsextremen Angriffen direkt betroffen sind. Wird das Augenmerk auf das Alter der Opfer gerichtet, so liegt ein Schwerpunkt mit 34 Betroffenen auf der Altersgruppe von 21 bis 40 Jahren, die zumeist der Gruppe der Rassismusopfer (18) angehören. Viele Opfer zählen außerdem zur Altersgruppe der 14- bis 20-Jährigen. Diese Altersgruppe korreliert deutlich mit der Gruppe der Nicht-Rechten (insgesamt 31). Dabei handelt es sich also vor allem um Jugendliche aus dem eher alternativen Spektrum.

Bei den insgesamt 59 im ersten Halbjahr 2004 betreuten direkten Opfern handelte es sich um 45 Männer und 14 Frauen. Dass rund 70 Prozent der Opfer Männer sind, dürfte unmittelbar mit den patriarchalen Feind-

Rechtsextreme Gewalt und Opferberatung in Sachsen-Anhalt

bildern von Rechtsextremisten zu tun haben. Eine Rolle spielt dabei aber auch, dass insgesamt 30 Prozent der direkten Opfer Flüchtlinge bzw. MigrantInnen sind, eine gesellschaftliche Gruppe, die sich überwiegend aus Männern zusammensetzt.

Die Dauer der unterstützenden Tätigkeit der Mobilen Opferberatung ist von Fall zu Fall verschieden und erstreckt sich normalerweise über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahr. Mehrere Gründe sind dafür verantwortlich. Insbesondere bei Betroffenen, die unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, ist eine intensive und langfristige Betreuung notwendig. Ein weiterer Grund liegt in dem zeitlichen Abstand zwischen Tat und juristischer Verfolgung, der bis zu zwei Jahren betragen kann. Das Einlegen von Rechtsmitteln wie Revision und Berufung führt zu einer weiteren zeitlichen Ausdehnung des Beratungsbedarfs.

Weit gefächertes Beratungsangebot

Im ersten Halbjahr 2004 konnte lediglich in zwei Fällen eine einmalige Beratung durchgeführt werden. In acht Fällen erstreckte sich die Beratung auf bis zu zwölf Wochen, die restlichen 75 Fälle müssen als langfristige Beratungsfälle angesehen werden. Die Beratungstätigkeit umfasste neben der psychosozialen Beratung in 75 Fällen die Begleitung der Betroffenen zu Ämtern und Behörden. Zwei Betroffene mussten auf Grund der massiven Angriffsfolgen an Ärzte bzw. in (psycho-)therapeutische Einrichtungen vermittelt werden. Insbesondere die Unterstützung und Begleitung von zwölf Betroffenen zu Gerichtsprozessen gestaltete sich oft sehr zeitintensiv. In 52 Fällen war die Mobile Opferberatung bei der Suche nach geeigneten Nebenklage-

anwälten behilflich. Die Vermittlung zu anderen Einrichtungen bedeutet gewöhnlich jedoch nicht, dass die Anlaufstellen Fälle an andere Träger abgeben, vielmehr handelt es sich dabei um Einrichtungen, die das Angebot der Opferberatung ergänzen.

In enger Absprache mit den Betroffenen wurden in 27 Fällen auch verschiedene Formen lokaler Interventionsmaßnahmen durchgeführt. Dabei versuchte die Mobile Opferberatung, die Verhältnisse in den betreffenden Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen zu thematisieren, um so zu einer Veränderung des kommunalen Klimas beizutragen. Diese kommunalen Interventionen nehmen verschiedene Formen an. Dabei kann eine mit den Opfern abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit ebenso eine Rolle spielen, wie Gespräche mit kommunalen Funktionsträgern, die Vermittlung von Kontakten zwischen Opfern und anderen demokratischen Einrichtungen oder eine Veranstaltungen zur Situation einer potenziellen Opfergruppe in einer Kommune.



Ihre Spende hilft

„Wir müssen erneut die Reise um die Welt machen, und sehen, ob es vielleicht von hinten irgendwo wieder offen ist“, schrieb der in Frankfurt (Oder) geborene Heinrich von Kleist. So wie der Dramatiker vor über 200 Jahren an eine andere, bessere Welt glaubte, so sind wir heute davon überzeugt, dass die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt für viele Menschen ein selbstverständliches Anliegen ist.

Eine Möglichkeit, diese Unterstützung materiell werden zu lassen, ist eine Spende für die Mobile Opferberatung. Unser Ziel: Eine Gesellschaft, in der wir hoffentlich einmal überflüssig sein werden. Bis dahin ist es ein weiter Weg – auf dem Sie die Opfer rechter Gewalt und uns begleiten können. Unsere Schritte auf diesem Weg legen wir selbstverständlich offen: In den regelmäßigen „informationen“ und unserer Homepage www.mobile-opferberatung.de und, indem wir Sie an dieser Stelle über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel informieren.

Träger der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt ist der Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. Der Verein wurde 1999 als Reaktion auf den dramatischen Wahlerfolg der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gegründet und hat seinen Sitz in Magdeburg. Das Finanzamt hat den Verein als gemeinnützig anerkannt, weil er ausschließlich die Förderung des Demokratiedenkens und der Verständigung zwischen Völkern und unterschiedlichen Kulturen, der Förderung demokratischer und emanzipatorischer Jugendkulturen sowie der Opferhilfe und Opferarbeit verfolgt.

Das Finanzamt Magdeburg und eine unabhängige Wirtschaftsprüfersozietät kontrollieren kontinuierlich die Jahresabschlüsse des Vereins. Spenden an den Verein mit dem Verwendungszweck „Mobile Opferberatung“ sind steuerlich absetzbar.

Wir zählen auf Ihre Spende!

Ihr Team der Mobilen Opferberatung

Einnahmen 2004

Zuwendungen Bundesprogramm CIVITAS	183.552,35 Euro	87,56%
Voraussichtliche Zuwendungen Landeszentrale für politische Bildung	18.500,00 Euro	8,68%
Eigenmittel des Vereins	7.500,00 Euro	3,52%
Spenden	500,00 Euro	0,24%
Gesamt:	213.052,35 Euro	100%

Ausgaben 2004

Personal	166.372,00 Euro	78,09%
Projektaufwendungen	25.407,00 Euro	11,93%
Bildung & Fortbildung	7.550,00 Euro	3,54%
Öffentlichkeitsarbeit	4.500,00 Euro	2,11%
Sonstige Ausgaben	9.223,35 Euro	4,33%
Gesamt:	213.052,35 Euro	100%